

Post-Vizepräsident gerät ins schiefe Licht

Der Verwaltungsrat der Post versuchte jahrelang, die Tricksereien bei Postauto zu verbergen – und kleinzurechnen, als der Skandal Anfang dieses Jahres ans Licht kam. Eine wichtige Rolle spielte Vizepräsident und Risikochef Adriano Vassalli.

Sven Altermatt und Fabian Fellmann

BERN. Post-Verwaltungsratschef Urs Schwaller wollte erst gar keine Zweifel aufkommen lassen: Der Postauto-Skandal darf nicht ohne personelle Konsequenzen bleiben. Dass bei der Konzerntochter Gewinne kleingerechnet wurden, um ungerechtfertigt Subventionen in Millionenhöhe zu kassieren, sei ein «inakzeptabler Vertrauensbruch», sagte er am Montag. Man beende deshalb die Zusammenarbeit mit «Personen, die eine besondere Verantwortung tragen». Konzernchefin Susanne Ruoff musste gehen, ebenso die ganze Postauto-Geschäftsleitung, die Leiterin der internen Revision muss in Frühpension gehen.

Nur einer, der zweifellos auch eine «besondere Verantwortung trägt», muss vorerst nicht mit Konsequenzen rechnen: Adriano Vassalli. Der Vizepräsident des Post-Verwaltungsrates beendet seine Amtszeit regulär und bleibt bis zur Pensionierung im Frühling 2019.

Das erstaunt. Denn auf Ebene Verwaltungsrat dürfte der Wirtschaftsprüfer am meisten gewusst haben über die Buchungspraxis bei Postauto. Das geht aus den Untersuchungsberichten hervor, welche die Anwaltskanzlei Kellerhals Carrard vorgelegt hat. Vassalli sitzt seit 2010 im Aufsichtsgremium und leitet den Prüfungsausschuss, der für die Einhaltung der Regeln zuständig ist und Aufträge an die Revisoren erteilt. Mit ihm rückt eine Person ins Zentrum, die bisher kaum je im Scheinwerferlicht stand. Über den 64-jährigen Tessiner ist öffentlich wenig bekannt. Vassalli berät Unternehmen und präsidiert das Rote Kreuz in seinem Heimatkanton.

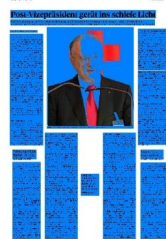
Verbergen und kleinrechnen

Was wusste Vassalli über die Postauto-Machenschaften? Hätte er als Risikochef des Verwaltungsrats das «System der Manipulation», wie es Gutachter nennen, frü-

her erkennen müssen? Die von der Post beauftragten Anwälte analysierten drei Millionen interne Dokumente, um zu klären, wie der Konzern systematisch schummeln konnte. Dazu erstellten sie einen Zusatzbericht im Auftrag des Bundes. Dieser wurde am Montag publiziert, blieb aber bisher unbeachtet. Vassalli wird in den Berichten so oft genannt wie kein anderer Verwaltungsrat. Die auffälligsten Erwähnungen:

■ **Am 21. August 2013** informierte die konzerninterne Revision über mögliche Subventionsmissbräuche bei der Postauto AG. In einer Aktennotiz war die Rede von «Kostenumbuchungen zulasten des öffentlich finanzierten Verkehrs». Zu den Adressaten gehörte der Ausschussvorsitzende Vassalli. Dieser jedoch gab später zu Protokoll, er habe die betreffende Aktennotiz nie gekriegt. Im Februar dieses Jahres stellte er sich gegenüber der internen Revision auf den Standpunkt, dass er Revisionsberichte nie per E-Mail erhalte. Ein Mitarbeiter der internen Revision antwortete: «Du bekommst die Berichte auf Papier. Dies ist nicht nachweisbar.» Hat Vassalli ausgerechnet das delikate Papier vom Sommer 2013 nie erhalten? Bundesrätin Doris Leuthard gab sich am Montag davon überzeugt: Er habe nachweisen können, dass die Notiz nie bei ihm gelandet sei.

■ **Für die Buchhaltungstricks** wurde die sogenannte «Periode 15» geschaffen. Sie wurde einzig dazu erfunden, um gegenüber Bund, Kantonen und den Aufsichtsbehörden eine separate Ist-Kostenrechnung auszuweisen. Intern wurde einiges an Aufwand betrieben, um die Praxis zu verschleiern. Als das Bundesamt für Verkehr (BAV) im Herbst 2015 Einblick verlangte in einen vertieften Revisionsbericht «betreffend Postauto Schweiz AG», stellte sich Adriano Vassalli quer. Der Ausschussvorsitzende wolle die Einsicht «nicht zusagen», hiess es in einem Sitzungsprotokoll. Das BAV habe schon



genügend Unterlagen, um die notwendige Prüfung durchzuführen. «Eine zusätzliche Einsicht in die für den Verwaltungsrat erstellten Revisionsberichte ist ohne Weiteres nicht angezeigt.»

■ **Seinen Widerstand** gegen das BAV focht Vassalli insbesondere in jenem Ausschuss des Verwaltungsrates aus, der für Risiken und gesetzmässiges Handeln zuständig ist. Auf 2016 verpasste sich die Postauto-Sparte eine Holdingstruktur, die verhindern sollte, dass das BAV in alle Bücher Einsicht nehmen konnte. Vassalli informierte den Prüfungsausschuss am 21. Juni 2016, dass das Amt «nach neuer Rechtsstruktur bei Postauto» lediglich Unterlagen jener Tochtergesellschaft bestellen durfte, welche über Konzessionen verfügte. An der Sitzung war auch erstmals Urs Schwaller mit von der Partie. Der Freiburger, zu jenem Zeitpunkt seit elf Tagen neuer Post-Präsident, verstand nicht, dass er dabei einem Abwehrgefecht assistierte, das sich schon bald zum bis dato grössten Schweizer Subventionsskandal ausweiten würde.

■ **Urs Schwaller** hätte jedoch im August 2016 Lunte riechen können. Er erhielt damals einen Bericht der internen Revisionsstelle. Laut Bundesrätin Leuthard wurde das Problem darin nicht klar beschrieben. Sie nahm Schwaller damit stark in Schutz, wie der Zusatzbericht belegt. Demnach steht im Revisionsbericht zur Reorganisation von Postauto: «Dabei wird der Gewinn bei der Postauto Schweiz AG mittels Transferpreisen optimiert. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn lediglich der Konzessionsinhaber (Postauto Schweiz AG) der subventionsrechtlichen Prüfung und somit der Einsicht des Bundesamtes für Verkehr unterliegt.» Im Klartext: Die Gewinne können nur dann versteckt werden, wenn der Bund keinen vollen Einblick in die Bücher erhält. Schwaller war dabei, als der Prüfungsausschuss den Revisionsbericht besprach und genehmigte, verbunden mit dem Auftrag an die Konzernrevision, zu prüfen, ob der Bericht «BAV-fähig» sei.

■ **Ins Rollen kam die Aufdeckung** der Subventionsschlaumeierei erst, als das BAV Susanne Ruoff einschaltete. Am 14. August

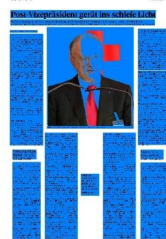
2017 verlangte es in einem Brief an die damalige Post-Chefin Einsicht in alle relevanten Unterlagen. Ruoff bot sofort Gesprächsbereitschaft und transparente Einsicht an. Zu jenem Zeitpunkt wusste Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller schon seit mehr als einem Jahr über das Tauziehen zwischen Postauto und Bund Bescheid, ohne dass er eingegriffen hätte. Bis die Post schliesslich voll kooperierte, sollte es September werden.

■ **Noch gab der Verwaltungsrat** aber nicht klein bei. Während das BAV von 78 Millionen Franken abgezweigten Subventionen sprach, wollte die Post sich zuerst nicht auf diese Zahl behaften lassen. «Die Höhe der effektiv zu viel erhaltenen Abgeltungen wäre bloss 50 Prozent der Summe der Umbuchungen», erklärte Finanzchef Alex Glanzmann dem Verwaltungsrat am 27. Februar 2018. Konkret überlegte der Konzern, nur die Hälfte zurückzahlen. Das BAV habe für dieses Berechnungsmodell «allerdings null Gehör». Insbesondere Risikochef Adriano Vassalli forderte dennoch, es dürfe nicht einfach der volle Betrag der Umbuchungen zurückfliessen. Konzernchefin Ruoff und Präsident Schwaller setzten sich derweil dafür ein, Wort zu halten.

■ **Risikochef Adriano Vassalli** hatte noch immer das Gefühl, keine Fehler begangen zu haben – obwohl inzwischen aktenkundig war, dass bei der Post sämtliche Sicherungsmechanismen versagt hatten. An einer Besprechung im Prüfausschuss vom 27. Februar 2018 wurden ihm kritische Fragen zum Revisionsbericht 2017 gestellt. Diese Befragung beurteilte er laut Protokoll als «eher unpassend». Schliesslich antwortete Vassalli, der Prüfausschuss habe keine Kenntnisse «von erhöhten Non-Compliance-Risiken», «soweit das in einem Konzern mit 60'000 Mitarbeitern möglich ist».

Politiker fordert Absetzung

Hält der Bund als Eigner der Post an Vassalli fest? Den Aussagen von Bundesrätin Leuthard am Montag habe man nichts hinzuzufügen, erklärte ein Sprecher ihres Departements gestern. Demnach sei dem



Post-Vizepräsidenten «keine grobe Pflichtverletzung vorzuwerfen». Vassalli war gestern telefonisch nicht für eine Stellungnahme erreichbar.

Unabhängig davon ist die Personalie Thema im Bundeshaus. «Herr Vassalli ist offenbar seinen Pflichten nicht vollständig nachgekommen und deshalb kaum mehr tragbar», sagt der Aargauer SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner. Per Vorstoss will er Druck erzeugen. Für Giezendanner ist klar: «Greift der Bundesrat bei Vassalli nicht durch, gerät er bald selbst in die Schusslinie.»

«Greift der Bundesrat bei Vassalli nicht durch, gerät er bald selbst in die Schusslinie.»

Ulrich Giezendanner
SVP-Nationalrat (AG)



Adriano Vassalli, Vizepräsident der Post und Vorsitzender des Prüfausschusses.

BILD KEY

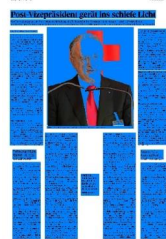
Verkehrspolitiker Hurter: «Das ist erschütternd»

Für den Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP), der Mitglied in der Verkehrskommission (KVF) ist, ist der Postauto-Skandal «erschütternd». Er sagt: «Dass so viele Leute so lange nicht realisiert haben, was hier vor sich geht, ist verheerend. Der Fall hat ein Ausmass, das ich so in meiner politischen Laufbahn

noch nie erlebt habe.» Für den Verkehrspolitiker reicht es nicht, dass in den Berichten nur die Jahre 2007 bis 2015 angeschaut wurden. «Auch die Jahre 2016 und 2017 müssen untersucht werden», sagt Hurter. Dass Doris Leuthard den Bundesrat überhaupt nicht in der Verantwortung sieht, relativiert Hurter: Zumindest die Departementsvorsteherin Leuthard stehe ebenfalls in der Verantwortung.

Für Hurter stehen bundesnahe Unternehmen wie die Post oft vor ei-

nem grundsätzlichen Dilemma: «Sie müssen unternehmerisch handeln, gleichzeitig aber auch einen Service-public-Auftrag erfüllen. Das kann sich manchmal widersprechen.» Wenn Anfang Juli Post-Präsident Urs Schwaller und ein Vertreter des Bundesamtes für Polizei der Kommission Rede und Antwort stehen, erwartet Hurter, dass aufgezeigt wird, wie das Unternehmen künftig stabilisiert werden soll und auch der Auftrag erfüllt werden kann. (aka/sk) ■



Aargauische Kantonalbank: Chef tritt zurück

Der Postauto-Skandal fordert ein weiteres Opfer: Pascal Koradi tritt als Direktionspräsident der Aargauischen Kantonalbank (AKB) zurück, wie das Institut gestern mitteilt. Vor seinem Amtsantritt bei der Kantonalbank war Koradi Finanzchef der Schweizerischen Post. Sein Rücktritt von der Leitung der AKB geschehe im Interesse und zur Wahrung der Reputation der Bank, schreibt die Kantonalbank. Das AKB-Aufsichtsgremium betont, dass die persönliche Integrität und das Vertrauen in Pascal Koradi «zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt waren».

Neuer AKB-Direktionspräsident wird nun Dieter Widmer. Der 51-Jährige führt heute als Mitglied der AKB-Geschäftsleitung den Bereich Kundenlösungen.

«Ich möchte mit diesem Schritt die Reputation der Aargauischen Kantonalbank schützen», wird Koradi in der Medienmitteilung zitiert. Er denke dabei «in erster Linie an das Unternehmen, meine Kolleginnen und Kollegen sowie unsere Kundinnen und Kunden». Dagegen bedauert Koradi, dass er bis zum heutigen Zeitpunkt von den heute Verantwortlichen der Post nie angehört wurde. «Ich betone, dass ich weiterhin zu all meinen damaligen Entscheidungen als CFO des Konzerns Post stehe», so Koradi. (sda) ■